

Bundestagswahl 2009

Juso-Chefin will Koalition von SPD und Linkspartei

Von Daniel Friedrich Sturm 11. Mai 2009, 12:56 Uhr

Die Vorsitzende der Jungsozialisten, Franziska Drohsel, hat sich für eine Koalition der SPD mit den Linken auf Bundesebene ausgesprochen. "Wir wünschen uns eine große Koalition auf keinen Fall. Wir wollen eine linke Mehrheit im Bundestag – und eine linke Regierung", sagt Drohsel WELT ONLINE.



Franziska Drohsel: Die Berlinerin vertritt den Nachwuchs der SPD. Foto: M. Lengemann

WELT ONLINE: Frau Drohsel, die Jusos unterstützen ihre Mutterpartei im Wahlkampf. Wünschen Sie sich, dass die SPD nach der Wahl weiter mit der Union regiert?

Franziska Drohsel: Wir wünschen uns eine große Koalition auf keinen Fall. Wir wollen eine linke Mehrheit im Bundestag – und eine linke Regierung.

WELT ONLINE: Was meinen Sie damit?

Drohse: Wir wollen eine Regierung, mit der man ein Maximum an sozialdemokratischer Politik durchsetzen kann. Mit der Union gelingt uns das – man sieht es beim Thema Mindestlohn – leider nicht.

WELT ONLINE: Im Entwurf zum Regierungsprogramm der SPD aber wird eine Koalition mit der Linken über die ganze Legislaturperiode, also bis 2013, ausgeschlossen. Ist das klug?

Drohse: Ausschlussformeln gegenüber der Linkspartei bringen nichts. Sie sind von gestern. Wir Jusos fordern schon lange, solche kategorische Positionen zu vermeiden. Leider befinden wir uns mit dieser Meinung innerhalb der SPD in der Minderheit.

WELT ONLINE: Haben Ihr Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier und Parteichef Franz Müntefering im Umgang mit der Linken Scheuklappen auf?

Drohse: Steinmeier und Müntefering vertreten eine Position, die ich nicht teile. Über die Zusammenarbeit mit anderen Parteien sollten inhaltliche Kriterien entscheiden. Kategorisch gar Gespräche auszuschließen ist ein falscher Weg.

WELT ONLINE: Herr Steinmeier strebt eine Ampel-Koalition an, auch wenn die FDP von "Finanzhaien" gewählt wird, wie Ihre Partei plakatiert.

Drohse: Im Bereich der Bürgerrechte gibt es Gemeinsamkeiten mit den Linksliberalen in der FDP. In der Sozial- und Wirtschaftspolitik kann ich mir eine gemeinsame Politik von SPD und FDP kaum vorstellen. In der Krise erweisen sich viele in der FDP als unbelehrbare Marktradikale.

WELT ONLINE: Sie wollen die Vermögenssteuer im Wahlprogramm verankern und die Schuldenbremse verhindern. Sehen Sie dafür noch Chancen?

Drohse: Der Widerstand gegen die Schuldenbremse ist groß. Gleiches gilt für das Ansinnen, Vermögende stärker zur Kasse zu bitten. Diese Punkte gehören in das Wahlprogramm der SPD. Ebenso wie die Abschaffung des Ehegattensplittings. Wir werden dafür auf dem Parteitag im Juni kämpfen.

WELT ONLINE: Was haben Sie gegen die Schuldenbremse?

Drohse: Der Staat muss die Chance zu einer flexiblen Haushaltspolitik haben. Es ist unklug, sich diese Möglichkeit verfassungsrechtlich zu nehmen. Gerade die Krise zeigt: Ein aktives Konjunkturprogramm macht Sinn.

WELT ONLINE: Immer wieder traten die Jusos sehr fordernd gegenüber der SPD auf. Jetzt sind sie recht ruhig. Sind Sie schlicht froh, dass Ihre Partei nach links gerückt ist?

Drohse: Wir sind nicht ruhig. Wir haben viel diskutiert und gekämpft. Die Grundmelodie unseres Wahlprogramms ist aber doch eine ganz andere als sie noch vor einem Jahr zu hören war. Nun lautet ein Grundansatz der SPD: Noch mehr soziale Ungleichheit nehmen wir nicht hin, daher streben wir eine Umverteilung von oben nach unten an. Darüber bin ich sehr froh.

WELT ONLINE: Sie beklagen eine Zunahme an sozialer Ungleichheit, Ihre Partei aber regiert seit über zehn Jahren. Wie erklären Sie das.

Drohse: Alle Sozialdemokraten sollten sich in der Tat selbstkritisch fragen, wie eine solche Entwicklung unter unserer Regierungsbeteiligung eintreten konnte. Das gibt schon Grund zu einer ordentlichen Portion Selbstkritik. Wir sollten daher klar sagen: Wir haben in der Vergangenheit manche Weiche falsch gestellt. In der Zukunft wollen wir deswegen gegensteuern.

WELT ONLINE: So links wie jetzt war schon lange mehr kein Regierungsprogramm der SPD, oder?

Drohse: Es ist eine soziale Antwort auf die Probleme der gegenwärtigen Zeit. Im Vergleich mit unserer Politik seit 1998 ist das Wahlprogramm eine Kurskorrektur in die richtige Richtung. In den vergangenen elf Jahren hat eben nicht alles, was wir an Politik betrieben haben, meiner Vorstellung von Sozialdemokratie entsprochen. Etwa die Steuersenkungen für Reiche.

WELT ONLINE: In der vorigen Woche hat die Koalition beschlossen, dass es keine sinkenden Renten geben darf. Sinkende Löhne hingegen sind sehr wohl möglich. Ist das nicht ungerecht?

Drohse: Menschen im Alter müssen anständig leben können.

WELT ONLINE: Das bestreitet keiner.

Drohse: Deswegen beginnen wir keinen Generationenkrieg nach dem Motto: Damit es uns besser geht, sollen die Renten sinken. Die Einkommen hängen von den Löhnen ab. Wenn wir die steigern können, wenn es Mindestlöhne gäbe, wären die Probleme geringer.

WELT ONLINE: Bei den letzten Wahlen trat die SPD mit jungen Leuten auf sicheren Plätzen an. Das ist nun anders. Wo sind die Jungen in der SPD?

Drohse: Wir sind schon präsent, und zwar auf allen Ebenen. Einige Jusos werden sich in den Parlamenten wieder finden.

WELT ONLINE: Wissen Sie, wer das Kabinetts-Küken der SPD ist?

Drohse: Nein.

WELT ONLINE: Sigmar Gabriel. Der wird im September 50 Jahre alt.

Drohse: Als Jusos wollen wir natürlich, dass junge Leute an vielen Stellen vertreten sind.

WELT ONLINE: Wünschen Sie sich Andrea Nahles im Kabinett oder an einer wichtigeren Stelle in der SPD?

Drohse: Natürlich möchte ich, dass Andrea Nahles als ehemalige Juso-Chefin großen Einfluss in der Partei hat. Den hat sie aber jetzt schon, und in der Zukunft ohnehin.
